

Antrag

beschlossen von der 198. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg
am 7. Mai 2026

Energieabgaben senken – Bevölkerung wirksam entlasten

Die anhaltend hohe Teuerung sowie die stark gestiegenen Energie- und Mobilitätskosten stellen für viele Arbeitnehmer sowie für die heimische Wirtschaft eine erhebliche Belastung dar. Insbesondere steigende Strom-, Gas- und Treibstoffpreise führen zu einem spürbaren Kaufkraftverlust und gefährden zunehmend die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Österreich.

Ein wesentlicher Bestandteil dieser Preisentwicklung sind staatliche Abgaben, die Energie und Mobilität zusätzlich verteuern. Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit ist es daher erforderlich, gezielte und rasch wirksame Entlastungsmaßnahmen zu setzen.

Ziel muss es sein, die Bevölkerung zu entlasten, die Kaufkraft zu stärken und gleichzeitig die Rahmenbedingungen für Betriebe zu verbessern – ohne zusätzliche bürokratische Hürden zu schaffen.

Die 198. Vollversammlung der Arbeiterkammer Vorarlberg möge daher beschließen, die Bundesregierung, insbesondere das Bundesministerium für Finanzen sowie das Bundesministerium für Klimaschutz, aufzufordern,

1. **die Elektrizitätsabgabe auf das unionsrechtlich zulässige Mindestmaß zu senken**, um die Stromkosten für Haushalte und Betriebe spürbar zu reduzieren;
2. **die Erdgasabgabe auf das unionsrechtlich zulässige Mindestmaß zu senken**, um eine nachhaltige Entlastung bei Heiz- und Energiekosten sicherzustellen;
3. **die Mineralölsteuer spürbar zu reduzieren**, um insbesondere Pendler, Arbeitnehmer und Betriebe bei den massiv gestiegenen Mobilitätskosten zu entlasten;
4. **sämtliche Maßnahmen unbürokratisch und rasch umzusetzen**, damit die Entlastung unmittelbar bei der Bevölkerung und den Betrieben ankommt.